

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Markgräfler. 1924-1932 1930**

16 (31.8.1930)

# Der Markgräfler

Freie deutsche Zeitung für das schaffende Volk in Stadt und Land  
Erscheint halbmonatlich. Durch jede Postzeitungsstelle zu beziehen. Vierteljährlich Mt. 1.50

Nr. 16

Lörrach, 31. August 1930

7. Jahr

## Jäger Treiber Wild

Waidmanns Heil! Der greise Jäger  
Hindenburg im grünen Rock  
Schoß bei Dietramszell auf Gemsjagd  
Einen kapitalen Bock!

Böcke schießen auch die Andern;  
Und noch jüngst, beim „Jungen Plan“  
Trieben sie, mit Dir als Treiber,  
Eine üble Hasjagd an.

Heute hinter Deinem Rücken  
Wildern sie, Du bist ihr Schild!  
Und bevor Du denkst so wirst Du  
Ihrer Meute edles Wild!

Waidmanns Dank?? — Wer ihnen traute  
Fällt als Opfer, hoffnungslos:  
In den Rücken Dir, voll Lücken,  
Führt Dein Waidgesell den Stoß!

Zundelheiner

## Youngplan und Tributlast

Von Dr. A. Graf Broddorff

### 2. Der Dawesplan

(Fortsetzung aus Nr. 15)

Die Reparationskommission forderte durch Beschluß vom 30. November 1923 eine Anzahl wirtschaftliche Sachverständige führender Feindbundsstaaten auf, einen Plan auszuarbeiten, um „Mittel zum Ausgleich des Staatshaushaltes und Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung zu erwägen“. Der Ausschuß trat am 14. Januar 1924 zusammen und schloß am 9. April 1924 seinen Bericht ab. Er hätte es sich bequem machen können. Er hätte April 1924 wahrheitsgemäß feststellen können, daß die deutsche Währung durch die Rentenmark seit Mitte November 1923 stabilisiert und gleichzeitig der Haushalt ins Gleichgewicht gebracht war; daß also die ganze Kommission und ihr Plan (Dawesplan) überflüssig war.

Die Kommission hat, anstatt sich an die ihr übertragene Aufgabe zu halten, einen ungeheuerlichen Ausplünderungsplan gegen Deutschland ausgearbeitet und mit ungeheuerlichen Lügen und Verdrehungen zu stützen gesucht. Der Plan

wurde sofort von der deutschen Regierung aufgegriffen und propagiert; am 29. August 1924 nahm ihn der Reichstag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit an. Am 1. September 1924 trat er in Kraft. Die Grundzüge des Dawesplans waren:

1. Zahlungshöhe. Die Zahlungsjahre liefen vom 1. September bis 31. August. Es waren zu entrichten: im Dawesjahr 1924 1000 Millionen Mark, davon 800 auf Grund der 7 prozentigen Dawesanleihe, gewissermaßen vorgestreckt, 1925 1220 Millionen Mark, 1926 1500 Millionen, 1927 1750 Millionen; ab 1. September 1928 jährlich 2500 Millionen, hierzu ab 1929 als Zuschlag eine Zahlung nach dem sogenannten Wohlstandsindex.

2. Die jährliche Zahlung von 2500 Millionen Mark sollte in Höhe von 1250 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt entrichtet werden. 300 Millionen waren aufzubringen durch Verpfändung und Belastung der Industrie, 950 Millionen

durch die deutschen Bahnen. Um diese Zahlungen zu sichern wurde ein kompliziertes Verpfändungs- und Kontrollsystem geschaffen.

- a) Nach der Weimarer Verfassung wurde das deutsche Eisenbahnwesen zur Reichssache, die deutschen Bahnen Reichseigentum. Nach dem Dawesplan wurde die „Deutsche Reichsbahn-A.G.“ gegründet mit einem Aktienkapital von 15 Milliarden Mark, davon zwei Milliarden Mark Vorzugsaktien mit garantierter Dividende von wenigstens 7%. Die maßgebende Körperschaft dieser Bahn war der Verwaltungsrat, dessen Mitglieder zum Teil von der Reichsregierung, zum Teil von einem feindbündlichen Treuhänder zu ernennen waren. Der Verwaltungsrat wählte den Vorstand und den Generaldirektor der Bahn. Das gesamte Bahnwesen stand außerdem unter Kontrolle des französischen Eisenbahnkommissars Gaston Leveve.

Diese internationalisierte Bahn hatte als Tribut zu zahlen: 1. 550 Millionen Mark jährlich als 5 prozentiger Zins auf die eigens zu Tribut Zwecken geschaffenen 11 Milliarden Mark Tributverschreibungen der Bahn; 2. 110 Millionen Mark jährlich als Tilgungsquote auf diese Tributverschreibungen. 3. 290 Millionen Mark jährlich Verkehrssteuer.

Kam die Bahn mit ihren Tributzahlungen in Rückstand, so war der Eisenbahnkommissar Gaston Leveve berechtigt, anzuordnen, daß die Tarife nach seinem Ermessen erhöht würden; er konnte schließlich selbst die Verwaltung der Bahn übernehmen oder das Betriebsrecht verpachten.

Dies System zwang die Bahn, die Tarife in wirtschaftlich schädlichster Weise emporzuschrauben und so die Wirtschaft abzdrosseln, die Geleise und Anlagen verfallen zu lassen, das Personal zu überlasten. Mit der Abdrosselung der Wirtschaft sanken die Bahneinnahmen; mit dem Verfall der Anlagen und der Überlastung des Personals nahmen die Unfälle zu und wurden die für später notwendigen Aufwendungen immer größer.

- b) Sämtliche deutschen Zölle und die großen indirekten Steuern auf Alkohol, Tabak und Zucker wurden in Höhe von 1250 Millionen Mark an den Feindbund verpfändet. Der Haushaltsanteil der Tribute wurde bezahlt aus den Einnahmen, die aus diesen Zöllen und Steuern stammten. Ein feindbündlicher Kommissar für die verpfändeten Einnahmen, der Engländer Mac Fabeau, kontrollierte das Ganze und war befugt, bei Zahlungsrückständen weitgehende finanzielle Zwangsmaßnahmen zu treffen.
- c) Die gesamte deutsche Industrie bis herab zu einem Betriebskapital in Höhe von 50 000 Goldmark war laut Dawesplan für die Tribute belastet mit einer Tributlast von 5 Milliarden Goldmark, die mit 5% jährlich zu verzinsen und mit 1% zu tilgen war; insgesamt waren also 300 Millionen Mark aus der Industriebelastung jährlich zu zahlen. Als Kontrollstelle wirkte die „Bank für Industrieobligationen“, in der die Vertrauensleute des Feindbundes saßen, und deren eigentliches Haupt der feindbündliche „Treuhänder für die Industrieobligationen“ war. Die Bank und der

Treuhänder waren berechtigt, bei Zahlungsrückständen mit Zwangsvollstreckung gegen die deutsche Industrie vorzugehen.

3. Die Reichsbank wurde dem Reich genommen und in ein internationales Unternehmen verwandelt. Das neue Reichsbankgesetz machte sie unabhängig vom Deutschen Reich und durfte vom Reich nur mit Zustimmung der Reparationskommission geändert werden. Die maßgebende Körperschaft der Bank, der Generalrat, bestand aus 14 Mitgliedern, von denen 7 Ausländer, und zwar Vertrauensleute des Feindbundes sein mußten; die übrigen 7 waren Reichsangehörige und wurden von einem gemischten „Organisationskomitee“ ernannt. Von diesen letzteren 7 waren 4 Juden. In der Bank saß als Vertrauensmann des Feindbundes noch der „Kommissar für die Notenausgabe“, der die Notenausgabe überwachte, und dessen Erlaubnistempel (Ausfertigungskontrollstempel) auf jeder Note stand.

Das ganze System war darauf berechnet, die deutsche Wirtschaft mit Tribut zu überlasten, zum Schrumpfen zu bringen und nicht aus den Schwierigkeiten herauskommen zu lassen. Im Sinne seiner Urheber durchgeführt, hätte der Dawesplan mit Bestimmtheit zum Niederbruch der deutschen Wirtschaft geführt. Man muß sich über die Grundfrage aller Tributzahlungen klar sein.

Es ist von der gesamten Wirtschaftswissenschaft anerkannt, weil unumstößlich nachweisbar, daß solche einseitigen Zahlungen auf die Dauer nur geleistet werden können durch entsprechend hohe Ueberschüsse der Zahlungsbilanz des zahlenden Landes. D. h. das zahlende Land muß aus seinen Geschäften mit dem Ausland den fraglichen Betrag verdienen über das hinaus, was es dem Ausland schuldig wird. Da wir unsere Kolonien, unser Auslandsvermögen (1913 28 Milliarden Goldmark!), unsere frühere Handelsflotte verloren haben, heißt Ueberschuß der Zahlungsbilanz für uns praktisch Ausfuhrüberschuß. Wir müßten Ausfuhrüberschüsse in Milliardenhöhe jährlich erzielen, um unsere Tribute aus eigener Kraft zu leisten. Diese Ausfuhrüberschüsse sind aber nicht da und können nicht da sein. Wir sind wirtschaftlich geschwächt durch Krieg und „Waffenstillstand“, durch die Verstümmelung von Staat, Volk und Wirtschaft im Versailler Diktat, durch die vieljährige Ausplünderung mit Reparationen. Unsere Innenpolitik ist marxistisch, d. h. auf Senkung der Arbeitsleistung, Förderung von Spekulation und Unehrllichkeit, Staatsleitung durch Unehrlliche, Unfähige und Dilettanten hinwirkend. Der Weltmarkt ist für uns zum Teil verschwunden durch Bolschewisierung und Verarmung; durch die fortschreitende Industrialisierung der Uebersseegebiete; durch die militärpolitisch begründete wirtschaftliche Absperrungspolitik so gut wie sämtlicher Staaten der Erde; durch die Uebertreibung unserer Produktion als Folge unserer Tributüberlastung; durch unsere politische Machtlosigkeit, die uns bei fast allen Handelsvertragsverhandlungen in eine ungünstige Lage bringt. Wir haben seit 1924 noch niemals einen nennenswerten Ausfuhrüberschuß erzielt, vielmehr in der Regel Einfuhrüberschüsse in Milliardenhöhe gehabt.

Da wir unsere Tribute nicht durch Wirtschaftsüberschüsse zahlen, zahlen wir sie mit geliehenem Auslandsgeld und mit dem Ausverkauf unseres Volksvermögens. Bis Mitte 1930 hat Deutschland 10 Milliarden Goldmark kurzfristig und 9 Milliarden Goldmark langfristig aus dem Ausland

## Youngblock der Irreführer!

Was eint die Herren Dietrich und Curtius? — Gemeinsame Schuld! Beide machten uns vor, die Steuern würden sinken und die Wirtschaft blühen, wenn der Youngplan Gesetz werde. Mit ihrer Hilfe wurde der Plan der Feinde deutsches Gesetz und — strafte sie Lügen! Nun bilden sie als Komplizen den Bund der Irreführer, die Liga der Blamierten, den Klub der falschen Profeten. Ihnen schließen sich die Judasse und Intriganten an, die verfallten Scheiche und die Agenten Brünnings. Das innerlich faule Bürgertum folgt dem Zuge zu den Marxisten. Es ist die Fusion der bankrotten Buchmacher: sie decken sich gegenseitig, obwohl sie unter sich den Teilhaber beim rechten Namen nennen. Und alle decken sich mit dem breiten hohen Hindenburg. Dieser edle Greis wird ihr Opfer! — Komplizen, Komplizen! Weg mit ihnen! Bahn frei dem ehrlichen Deutschland: Hugenberg und Hitler!

geliehen. Der Zinsbetrag dafür beträgt etwa 1 300 Millionen Mark im Jahr. Die Zinsen werden heute größtenteils durch neue Anleihen gezahlt. Gleichzeitig geht der Ausverkauf unserer Vermögenssubstanz rasch vor sich. Ein sehr großer Teil unserer Industrie ist heute durch Aktienverkauf oder Einbeziehung in ausländische Großkonzerne überfremdet und nur dem Namen nach deutsch. Solange Deutschland Tribute zahlt, muß diese Entwicklung zwangsläufig weitergehen.

Die Tribute sind weiter zu zahlen, solange wir die Auslandsanleihen und den Ausverkauf fortsetzen können. Ebenso lange ist die deutsche Währung zu halten.

Die deutsche Währung steht unter schwerem Druck, solange die Tribute entrichtet werden. Denn jede Währung hält sich, solange Angebot und Nachfrage nach Auslandswährung sich ausgleichen, d. h. solange ebensoviel Auslandsgeld hereinkommt, als hinausgezahlt werden muß für Tribute, Wareneinfuhr, Verzinsung von Auslandskrediten usw. Das Auslandsgeld kommt jetzt noch herein als Erlös für Ausverkauf und als Auslandskredit. Hört das auf, so besteht die riesengroße Gefahr, daß infolge der überwiegenden Nachfrage nach Auslandswährung die ausländischen Währungen steigen und die Mark entsprechend sinkt. Das Problem, wie trotz der riesigen deutschen Zahlungsüberweisungen für Tributzzwecke die deutsche Mark gehalten werden kann, ist das Transferproblem. Der Dawesplan suchte dieser Gefahr für die deutsche Mark zu begegnen durch Einfügung des sogenannten Transferschutzes in den Zahlungsmechanismus.

Unter dem Dawesplan zahlte Deutschland sämtliche Tribute in Mark. Diese Tributmark wurden eingezahlt auf das Konto des Reparationsagenten Parker Gilbert bei der Reichsbank. Mit dieser Einzahlung hatte das Reich seine Zahlungspflicht erfüllt. Die Umwechslung dieser Tributmark in Auslandswährung und die Verteilung der Beträge unter die Feindbundsstaaten war

Sache eines feindbündlichen Komitees, des Transfertomitees, unter dem Vorsitz Parker Gilberts. Das Transfertomitee war laut Anlage 6 Abschnitt 4 des Dawesplans verpflichtet, nur soviel Tributmark in Auslandswährung umzuwechseln, als geschehen konnte ohne Gefahr für die deutsche Mark. D. h. in dem Augenblick, da die deutsche Mark in Gefahr geriet, war das Transfertomitee verpflichtet, die Umwechslung und Ueberweisung der Tributmark einzustellen, damit die Nachfrage nach Auslandswährung zu senken und die deutsche Mark zu entlasten.

Dieser Transferschutz gab keineswegs eine unbedingte und unbegrenzte Sicherheit. Er hatte auch eine sehr gefährliche Kehrseite: wenn nämlich das Transfertomitee die Umwechslung und Ueberweisung der Tributmark einstellte, konnte es ziemlich nach seinem Ermessen die Tributbeträge steuerfrei in Deutschland anlegen, d. h. die deutsche Wirtschaft mit Tributgeldern für den Feindbund auslaufen. Aber schon das bloße Dasein des Transferschutzes bedeutete eine gewisse psychologische Deckung für die Mark. Der Youngplan hat in diesem Punkte eine verhängnisvolle Verschlechterung gebracht.

Die Spitze des ganzen Plünderungs- und Kontrollsystems nach dem Dawesplan bildete der Reparationsagent Parker Gilbert mit seinem Berliner Büro; er war tatsächlich der mächtigste Mann Deutschlands. Seine „Berichte“ waren der Sache nach Befehle an die deutsche Regierung.

Ueber die vernichtenden Wirkungen des Dawesplans auf die deutsche Wirtschaft waren sich alle Sachkenner sofort nach seiner Veröffentlichung im April 1924 einig. Nur die Erfüllungsparteien verherrlichten den Plan als Dokument der wirtschaftlichen Vernunft, als Bibel der Wirtschaft, als rettende und erlösende Tat. Allein diese Propaganda der Erfüllungsparteien für den Dawesplan würde genügen, um die Forderung zu begründen, daß kein Erfüllungspolitiker jemals in Deutschland an eine verantwortliche Stelle gelangen darf. 1929 und 1930 gestanden endlich die Erfüllungspolitiker und Erfüllungsparteien die Wahrheit über den Dawesplan zu; nicht weil sie klüger geworden waren als 1924, sondern weil sie die Schilderung der verheerenden Wirkungen des Dawesplans brauchten, um das deutsche Volk zur Unterwerfung unter den im ganzen betrachtet noch schlimmeren Youngplan zu bringen.

„Wir glauben, daß die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands am Ende des Steuerjahres 1928/29 (also April 1929) zum normalen Stande zurückgekehrt sein wird,“ erklärt der Dawesplan (Kap. 9, a 3). Eine frechere Lüge ist niemals in die Welt gesetzt worden. Eben weil die Verfasser des Dawesplans durchweg aus vortrefflichen Wirtschafts- und Finanzkennern bestanden, können sie sich unmöglich über die Wirkung ihres Planes getäuscht haben. Am 1. April 1929 fehlte sehr wenig daran, daß das Reich die Beamtengehälter und Pensionen nur teilweise hätte auszahlen können; die Finanznot war ins Fürchterliche gestiegen, die Arbeitslosigkeit enorm, die Landwirtschaft in schwerster Krise. Alles, was Feindbund und Erfüllungspolitiker 1924 über den Dawesplan geschrieben, ist durch die Ereignisse widerlegt worden. Alles, was damals die Führer der nationalen Opposition, wie Helfferich, Laß, Bang über den Dawesplan gesagt haben, hat sich resillos bestätigt.

Es wäre die selbstverständliche Aufgabe der deutschen Regierungen gewesen, diesen Mordplan auf das entschiedenste zu bekämpfen. Statt dessen haben die deutschen Regierungen nichts getan, um dem deutschen Volk und der Welt die Unmöglichkeit des Plans klarzumachen und seine Beseitigung zu fordern. Die deutsche Regierung hätte z. B. folgende Möglichkeiten gehabt, vorzugehen:

1. Sie hätte sich darauf berufen können, daß Art. 231 des Versailler Diktats die deutsche Tributpflicht auf die Schuldlüge stützt, daß die Schuldlüge widerlegt ist, und daß Deutschland die Aufhebung des Art. 231 und aller auf ihn gestützten Forderungen verlangt.

2. Wenn sie nicht soweit gehen wollte, konnte sie sich stützen auf den Vorfriedensvertrag vom 5. November 1918, wonach der endgültige Frieden auf Grundlage der 14 Punkte Wilsons geschlossen werden sollte. Deutschland hat weit

---

## Die Bauern verlieren den Bauernkrieg!

Der Bauernkrieg 1525 ging für die Bauern verloren, weil sie nur wirtschaftlich, nicht politisch dachten, die geistigen Spannungen nicht verstanden und nicht ausnutzten, sondern, um die Dummen bei ihrer Fahne zu halten, auf das Niveau der Dümmlsten herunterstiegen. Der Bauernkrieg 1930 — geht genau so aus wie der 1525, und aus den gleichen Gründen!

Jetzt sollen zum Beispiel die Marktgräser Bauern, die noch in der letzten Wahl die größte Stimmzahl von allen Bauernbezirken auf ihren Kandidaten vereinigten (4500), ausgerechnet einen Landwirt von Untereggingen wählen, der zwar wirtschaftlich zum Landbund gehört, politisch und kulturell aber als Zentrumsmann denkt. Weshalb stellte man nicht Friedrich Hagin an die erste Stelle, die er sich bei der letzten Wahl errungen hatte? Weshalb immer noch diese kurzfristige, kindische Tagespolitik der Bauern, welche immer sofort bar Geld sehen will und sich — deutsch herausgesagt! — von den schwarzen und roten Machthabern mit elenden Trinkgeldern abspesen läßt und im Ganzen und Wichtigem am Seil herabgelassen wird!

Nur eine jahrzehntelange nationale deutsche Regierung kann der Landwirtschaft helfen. Es ist der Ruhm der Deutschnationalen Partei, daß sie immer und überall für die deutsche Landwirtschaft eingetreten ist. Der Tag wird sehr bald kommen, wo auch der verhetzte deutsche Bauer erkennen wird, daß im Konflikt 1930 Hugenberg Recht hatte, und Schiele der Dumme war.

Der denkende deutsche Landwirt, der Marktgräser Landwirt im besonderen, wählt keinen Bundesgenossen des Zentrums, er wählt

Deutschnational! Liste 2!

---

mehr geleistet als selbst die kühnste Auslegung der 14 Punkte und der Lansing-Note vom 5. November 1918 rechtfertigen konnte. Deutschland hatte nicht nur das Recht, sondern dem deutschen Volke gegenüber die Pflicht, Befreiung von allen Leistungen zu verlangen, die über die Bestimmungen der 14 Punkte und des Vorfriedensvertrages hinausgingen. —

3. Wollte die deutsche Regierung nicht soweit gehen, so konnte sie immer noch die Richtigstellung der Fälschungen der Reparationskommission verlangen: Streichung aller schwindelhaften Forderungen und Anrechnung aller deutschen Leistungen nach ihrem wirklichen Wert. Eine solche Richtigstellung der Repkofälschungen hätte die deutsche Tributlast gewaltig gesenkt und erwiesen, daß der größte Teil dessen schon geleistet war, was selbst nach dem Versailler Diktat gefordert werden konnte.

Der Unterschied zwischen dem Dawesplan und dem späteren Youngplan ist in der Wirkung gleich Null. Beide Pläne sind zielbewußt darauf berechnet, die deutsche Wirtschaft zugrunde zu richten, den deutschen Staat dauernd in Druck und Abhängigkeit von den Feindbundstaaten zu erhalten, Deutschland ständig als den schlechten Schuldner hinzustellen und es dabei zu plündern und lahzupfänden. Die Mittel, die die beiden Pläne für dies gleiche Ziel anwenden, sind zum Teil verschieden, in der Wirkung sich aber gleich. Die Frage für Deutschland war daher nicht: Sollen wir uns für den Dawesplan oder für den Youngplan entscheiden, sondern: gegen welchen von beiden Plänen ist der Kampf leichter? Stellt man die Frage so, dann ergibt sich sonnenklar, daß der politische Kampf gegen den Dawesplan weitaus leichter war als der Kampf gegen den einmal angenommenen Youngplan sein wird.

---

## Nationalpolitik und Mittelparteien

Von Dr. R. S. Quaar

In Weimar herrschte die Demokratie Arm in Arm mit Erzberger und mit dem Marxismus.

Heute, nach einem Jahrzehnt schon, ist die Demokratie unmodern geworden. Es gibt keine Demokratische Partei mehr. Man schmückt sich mit allen möglichen Etiketten, nur nicht mehr mit dem Worte Demokratie. Was vor 10 Jahren herrschte, gehört heute in die politische Kumpellammer.

Nun kam der Reichstag 1920. Aus dem kleinen Häuflein der Opposition erwuchs eine sehr starke Rechte. Dieser Abschnitt von 1920 reichte bis 1923, bis zum Abbruch des Ruhrkampfes. Es gelang dieser Rechten, obwohl sie nicht die Mehrheit hatte, die Linksherrschaft zu beseitigen und im Jahre 1923 ein Kabinett des nationalen Widerstandes auf die Beine zu stellen. Die Politik des Ruhrwiderstandes oder, wie es die Linke nennt, das Ruhrabenteuer, kann für Deutschlands Entwicklung gar nicht überschätzt werden. Der englische Botschafter d'Abernon, der selbst Stresemann auf das dringendste geraten hatte, den Ruhrwiderstand abzubauen, der ja überhaupt der politische Mentor und Erzzieher des Herrn Dr. Stresemann war, schreibt in seinen Memoiren, daß der Ruhrwiderstand zuerst wieder Deutschland zum Ansehen in der Welt gebracht hätte, eine Bemerkung, besonders bedeutsam im Munde eines Deutschenfeindes.

Der Ruhrwiderstand zeigte, daß in Deutschland nationale Instinkte nicht nur vorhanden waren, sondern daß sie sich Geltung verschaffen konnten. Der Ruhrwiderstand hätte zu einer Lösung des Reparationsproblems geführt, die erträglich oder jedenfalls eine Stufe auf der Treppe nach oben gewesen wäre, wenn diese Politik fortgeführt worden wäre. Aber dem stemmte sich nicht nur die Linke entgegen. Das Zentrum war zu der Auffassung gekommen, daß es nicht nur von links — dem Bolschewismus — bedroht würde, sondern daß eine solche Gefahr auch von rechts kommen könne; es war zu der Auffassung gekommen, man dürfe sich der Rechten nicht verschreiben. Ein zweiter Faktor half, den schwachen nationalen Widerstand zu zerbrechen: das war Dr. Stresemann. Im Mai 1921 hat er Herrn d'Abernon ausdrücklich angeboten, er wolle die Reichskanzlerschaft auf der Grundlage des Londoner Ultimatus übernehmen. Die beiden Faktoren vereinigt haben dann den Kanzler Cuno gestürzt.

Stresemann wurde Reichskanzler, und damit begann der dritte Abschnitt der deutschen Politik. Die Tributfront brauchte neue Truppen, und diese Truppen wurden geliefert von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum. Herr Dr. Stresemann wurde Reichskanzler und hat damals schon den „großen Wirtschafts- und Finanzsachverständigen“ Hilferding in das Kabinett als Finanzminister berufen. Dieses Finanzministerium endete mit der Inflation; das ist etwas, was auch nicht vergessen werden sollte.

Aus der Inflation kam man heraus durch den Helfferich-Vorschlag der Rentenmark. Die Sozialdemokraten gingen aus dem Kabinett. Dr. Luther wurde Finanzminister. Er trieb eine sehr rücksichtslose Politik der Finanzgesundheit und Thesaurierung, und die Erfüllungspolitik blieb mit Dr. Stresemann.

Man erfand ein feineres Tribut-System im Dawesplan, das System der „wirtschaftlichen Vernunft“, wie Dr. Stresemann es genannt hat. Dazu brauchte man bürgerliche Kreise; und hier trat ein neuer Faktor auf, der bisher in der deutschen Politik diese Rolle nicht gespielt hatte. Mit dem Jahre 1924 tritt in den Vordergrund der politischen Bühne die deutsche Wirtschaft oder richtiger die umfangreichen und kostspieligen Organisationen der Wirtschaft. Dieser Faktor wurde bestimmend für die Annahme des Dawesplans. Inzwischen hatte das deutsche Volk auf die Fahnenflucht Stresemanns die Quittung gegeben. Bei den Wahlen waren die Deutschnationalen außerordentlich gewachsen, ein Beweis dafür, wie falsch das Schlagwort ist: mit diesem Volke kann man ja nichts machen. Man entschuldigt sich nämlich immer mit dem Volk, wenn man selbst feige geworden ist.

Man war nun im Jahre 1924 noch nicht so rücksichtslos gegenüber der Verfassung wie heute, wo man den Youngplan mit einfacher Mehrheit angenommen hat, obwohl er verfassungsändernd war und ist. Damals hatte man noch einen gewissen Respekt vor der Verfassung. Man mußte eine Zweidrittelmehrheit haben und brauchte die Deutschnationalen. Es gelang nun dem rücksichtslosen Eingreifen der Wirtschaft und namentlich der Berliner Zentralbürokratie des Reichslandbundes, die Deutschnationale Partei zu spalten und die Hälfte ihrer Abgeordneten dazu zu bewegen, für

den Dawesplan zu stimmen, d. h. für das entscheidende Eisenbahngesetz. „Wird der Dawesplan abgelehnt“ — hieß es damals — „ist die Wirtschaft in 14 Tagen kaputt“.

Der Dawesplan wurde angenommen; aber seit der Zeit ging die Landwirtschaft rapid zurück. Das Geld für die Tribute wurde geborgt, und dieses Geld kam in Warenform herüber. Wenn man fremdes Brot ißt, kann man kein deutsches Brot essen. So ist der Bauer zum Dawes-Bauer oder Tribut-Bauer geworden. Das Schicksal der Landwirtschaft bestimmte das Schicksal der deutschen Gesamtwirtschaft und der deutschen Finanzen. Von 1924 bis 1930 reicht die Zeit der „Ankurbelung der Wirtschaft“. Millionen von Existenzen sind während dieser Ankurbelung zugrunde gegangen. Die Arbeitslosigkeit ist chronisch geworden. Der Staat ist bankrott.

Dieses System der Mitte, das uns seit 1923 beherrscht, ist nicht viel anders als verhüllter Marxismus — sowohl in der Erfüllungspolitik, wie in der Finanzwirtschaft, wie in der Bolschewisierung der evangelischen Volksteile. Deswegen wird keine Aktion den Marxismus in das Herz treffen, die nicht den Vorfeldkampf mit den Erfüllungsparteien der Mitte bestanden hat.

---

## Schiele, der Ohnmächtige

In der Hoffnung auf Brüning's Gelder ging Schiele auf dessen Leim. Aber der polnische Handelsvertrag, den Brüning mit seinen lieben Polacken abschloß, ist ein Schlag gegen die ostdeutsche Landwirtschaft. Schiele steckt ihn ein.

Die Landwirte fordern den Butterzoll gegen Finnland. Brüning schlägt es ab und Schiele steckt es ein.

Schiele fordert Ostmarkenhilfe. Aber nicht er, sondern Treviranus, der Agent Brüning's im deutsch-nationalen Lager, der beauftragte Intrigant, bekommt die Leitung der Ostmarkenhilfe und betreut marxistische preußische Oberpräsidenten mit der Verteilung. Eine Abfuhr für Schiele, er steckt sie ein.

Dreieinhalb Milliarden haben die lieben Polen von der Regierung Brüning als Liquidation erhalten, dreieinhalb Milliarden! und Nichts bis heute, Nichts die ringenden Deutschen der Ostmark! — Das ist Brüning's Tat und Schiele's Schande! — Weshalb ist eigentlich dieser ahnungslose gutmütige Mann von den Deutschnationalen zum Zentrum übergelaufen?? Zur Mitarbeit? — Ja, sie arbeiten mit ihm, als Werkzeug, und lachen ihn aus. Und Schiele steckt es ein.

---

## Politische Außenseiter

Stoffen eines badischen Beobachters  
in Heidelberg

Der alten Ruhme Schlange wird die Haut zu eng, sie ringelt sich am Baum der Erkenntnis auf und nieder, um neuen Glanz zu gewinnen.

Das glatte Kleid hat sie schon lang gejuckt!

Zwar schien die Beute in Baden unter Brüdern ehrlich geteilt, und es haben gewisse Leute noch vor ein paar Jahrlein auf den Heldenfeiern badischer Pompiers mit dem saturierten Parteispieß den Koalitionsumtrunk gehalten, aber heut sehen wir deutlicher hinter die Kulissen.

Das große Parteihautjucken im Reich wird allmählich auch in Baden fühlbar, und der Tag scheint nicht fern zu sein, wo wohl das arme Schwänzlein seine neue Haut gewinnt!

Es hat auch bei uns die Schlange schon lang gejuckt, sage ich, politische Außenseiter waren auch in Baden immer am Wert, um ihren Willen über den engen Parteirahmen zu verwirklichen. Manche sind dabei nie über ein catillinarisches Dunkel hinausgekommen, es verlohnt sich immerhin heut an der Wende ein Rückblick.

Die erste Zeit nach dem Krieg stand unter dem besonderen Zeichen des drohenden Franzoseneinbruchs und der damit verbundenen Separatistengefahr. Das wohlwollende Abwarten in manchen geheimen Sitzungszimmern rief alsbald eine kräftige Abwehr hervor, überall im Land bildeten sich Gruppen alter Frontsoldaten zum Landeschutz. Den Kern dieser Organisation bildete die Bewegung des Hauptmanns Damm im Hinterland, die nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Regierung abgedrosselt wurde. Sie hat immerhin vor der Geschichte ihren unmittelbaren Zweck erfüllt, als Zusammenfassung alter Frontsoldaten lebt sie wohl noch verkleinert im Stahlhelm fort, der bei der badischen Neigung zum landsmannschaftlichen Gedanken leider nicht die gleiche Werbekraft besitzt.

Der erste Versuch zu einer geistigen Belebung des nationalen Lebens in Baden wurde vor fünf Jahren in Heidelberg unternommen, indem dort Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei für die Gesellschaft „Deutscher Staat“ Boden zu gewinnen versuchten. Leider ist dieser damals sehr fruchtbare Plan, in die akademischen Kreise konservatives Denken und Fühlen zu tragen, nach kurzen Anfängen gescheitert. Die Folge hat gezeigt, daß beweglichere Geister nicht ohne Geschick und Erfolg dieses Feld für sich gewannen.

Kurz nach dem ersten Auftreten der Gesellschaft „Deutscher Staat“ hat der demokratische Professor Bergsträsser an der Heidelberger Universität in Nachahmung Spahns ein „Politisches Kolleg“ gegründet. Diese Kreise erhielten durch den Zuzug von Hellpach eine seltene Triebkraft von Agilität und Ehrgeiz, trotz Hakentanz und Nichtsheit herrscht heute hier die liberale Kulturidee. Diese „Heidelberger Arbeitsgemeinschaft für jungdeutsche Politik“ sucht bereits mit folgendem Manifest Einfluß auf das allgemeine Reichsgeschehen:

„Das deutsche Volk hat bei der Reichstagswahl am 14. September eine Entscheidung zu treffen, die schicksalbestimmend auf viele Jahre hinaus sein wird. Es gilt, den

Staat vor den Anstürmen der Radikalen zu retten und seine Autorität nach innen und außen durch eine rasche Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Zustände zu festigen.

Von diesem Gesichtspunkt aus begrüßen wir alle Bestrebungen zur politischen Flurbereinigung. Wir haben deshalb auch die Bildung der Konservativen Volkspartei als Sammelbecken des staatsbejahenden und praktisch zur Mitarbeit bereiten konservativen Staatsbürgers als erforderlich und wünschenswert angesehen. Wir begrüßen aus dem gleichen Grunde die Gründung der Deutschen Staatspartei und sehen in ihr einen Versuch zur Zusammenfassung der Staatsbürger, die freiheitlich gesinnt und auf dem Boden der Verfassung stehend, die staatliche und soziale Verpflichtung der Kapitalwirtschaft anerkennen.

Wir erwarten von den Verhandlungen der kommenden Tage die Fortsetzung und Vollendung des begonnenen Werkes. Wir appellieren nachdrücklich an die Deutsche Staatspartei, die durch ihre Gründung, und an die Deutsche Volkspartei, die durch ihre Sammlungsbestrebungen den Willen zur Zusammenfassung bewiesen hat, das Gebot der Einigung in dieser letzten Stunde zu erfüllen.“

Wir haben das schöne Rattenfängerlied ganz wieder gegeben, wir legen den Finger nur auf das eine Wörtchen „freiheitlich“: an dessen Entschleierung wird aller Zauber zunichte. Denn dahinter steckt nichts als ein kulturliberaler Köder, auf den ein alter Frontsoldat und junger Wehrbegeisterter nicht mehr hereinfällt. Dr. Joseph Windschub, der frühere Führer des Westdeutschen Februarclubs und Mitbegründer der Deutschen Staatspartei, sagt über den Freiheitswillen ganz eindeutig: „Jede auf einen Krieg hinarbeitende Politik werde von der Deutschen Staatspartei abgelehnt werden“. Auch wir sind keine Befürworter eines zur Zeit bethlehemitischen Kindermord gleichkommenden Kriegswillens, aber aus dieser programmatischen Haltung können wir doch aus Erfahrung einen verzweifelten Schluß ziehen auf die freiheitliche Gesinnung, die in dem Heidelberger Manifest angerufen wird. Da wird kein Wort laut, daß der Schandvertrag von Versailles gestürzt werden müsse, daß wir den Druck des Youngplans nicht länger ertragen wollen; das aber ist das Ziel unserer Freiheit, nicht die liberale Kulturpolitik einer akademischen Gruppe.

In eben diesen Tagen hat eine Anzahl ehemaliger Deutschnationaler mit „prominenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ die Badische Konservative Partei gegründet. Die Geschäftsstelle befindet sich in Freiburg. Geschäftsführer sind Wilhelm Brüggemeyer und Dr. Kayser. Der Aufruf der Partei ist u. a. unterzeichnet von dem Rektor der Universität Freiburg Professor Dr. Dragendorff, den Universitätsprofessoren Ebbinghaus und Dr. Kapp. Wir sind der Ansicht, daß es zu dieser Absplitterung nicht gekommen wäre, wenn man das Moment der geistigen Parteibelebung in Baden nicht mißachtet hätte. Wie sehr das Verlangen dafür vorhanden ist, zeigt ein Mahnwort von Ulrich Teck in der „Deutschen Zukunft“:

„Zu diesem Zweck schlage ich vor, in den Landesverbänden ein ständisch ausgewähltes Direktorium zu gründen, das für eine gesteigerte Aktivität Gewähr bietet.“

Als eine ganz fruchtbare Erscheinung begrüßen wir die programmatischen Ausführungen des Majors a. D. von

Neufville auf der süddeutschen Stahlhelmtumgebung in Donau-  
eschingen, die er einleitete mit einem Treugruß an das öster-  
reichische Nachbarvolk, insbesondere an die österreichischen  
Heimwehren, mit denen der Stahlhelm im gemeinsamen  
Ziele verbunden sei: großdeutscher Freiheitsgeist und groß-  
deutscher Einigungswille! Auch dieser Gedanke wurde schon  
vor länger denn Jahresfrist von einem politischen Außen-  
seiter vergebens in Bewegung gesetzt, endlich scheint er in  
der Wichtigkeit seines Ausmaßes begriffen zu sein, hier ist  
zur Zeit für jede konservative Geistesbelebung in Baden der  
einzig wertvolle Kristallisationspunkt, denn nur ein beide  
Konfessionen überbrückender Wehrwille kann die Grundlage  
für eine konservative Staatspolitik bilden.

Weiter wollen wir die Kasse nicht aus dem Sack lassen!

„Activité!“ pflegte Napoleon seinen säumigen Divisio-  
nären zuzurufen, wenn die Schlacht zum Stillstand kommen  
wollte!

Ohne Aktivität: Was nützt da alle Strategie?

---

**Was fordert der Tag von uns?**

---

**Entscheidung im Wahlkampf!**

---

**Wen wählen wir? Den**

---

**Deutschnationalen Hanemann!**

---

### Das rote Zentrum

„Zehn Jahre Hand in Hand mit der S. P. D.“

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-  
lands, Otto Wels, deckte in einer Rede, die er in München  
hielt, mit geradezu zynischer Offenheit die Kompagniegeschäfte  
des Zentrums und der Sozialdemokratie während der letzten  
zwanzig Jahre auf. Nach einer neuerlichen plumpen Be-  
schimpfung Deutschlands als Urheber des Weltkrieges —  
„Die Ursache des Weltkrieges sind die alten Gewalten des  
Gottesgnadentums“, so sagte Herr Wels — erklärte er: „Es

soll nicht vergessen werden, daß Zentrum und Sozialdemokratie  
Hand in Hand zehn Jahre lang den Kampf gegen das  
Kaisertum geführt haben und, daß Erzberger und Birtz  
Seite an Seite mit den Sozialdemokraten gestanden haben.“  
Es wird dem Zentrum im jetzigen Augenblick nicht gerade  
angenehm sein, daß der offizielle Führer der Sozialdemokratie  
aus wahltaktischen Gründen so schonungslos die Rolle des  
Zentrums als Helfer des atheistischen Sozialismus im Kampfe  
gegen das Kaisertum und Königtum entlarvt. Hindenburg,  
schloß Herr Wels seine Rede, habe sich bei der Sozialdemokratie  
ein gewisses Ansehen erworben, weil er verfassungsmäßig  
sich bewege und den Young-Plan unterschrieben habe. Aber  
der Marschall solle nicht vergessen, daß der 14. September  
des Jahres 1914 die Niederlage der deutschen Waffen vor  
Paris besiegelt habe. Die Sozialdemokratie sei durchaus  
entschlossen, am 14. September 1930 dem bürgerlichen  
Deutschland eine erneute Marzeniederlage zuzufügen. Das  
Ziel sei, die Front der bürgerlichen Parteien so zu zer-  
schlagen, daß ohne die Sozialdemokratie in Deutschland  
überhaupt nicht mehr regiert werden könne.

### Und unsere Antwort?

#### Liste 2!

---

### „Das Feld der Unehre“ trägt reiche Ernte

Der badische Kultusminister, von Zentrums  
Gnaden, hat den Juden Gumbel zum Professor an  
der Universität Heidelberg ernannt. Dieser Gumbel  
ist bei den Zentrumsherrn und ihren roten Trabanten  
in Baden so beliebt, weil er einmal behauptet hatte,  
die deutschen Toten des Weltkrieges seien auf dem  
„Felde der Unehre“ gefallen. Viermal stand  
der Gumbel wegen Landesverrat vor dem Richter.  
Macht ihn das den Ministern in Karlsruhe so sym-  
pathisch? Er hat mit Andern zusammen eine Denun-  
ziantenschrift gegen die deutsche Reichswehr an die  
feindlichen Regierungen geschickt. Ist die Professur  
in Baden eine Belohnung für derlei Taten? Was  
soll ein Badener von seinen Ministern halten, wenn  
sie an staatlichen Feiern in schmalzigen Worten der  
toten Helden gedenken, aber den Mann, der das Wort  
vom „Felde der Unehre“ predigte, in Amt und Würde  
sehen? — Diese Ernennung ist ein Schlag ins Ge-  
sicht aller vaterländischen Badener, ein Schimpf, an-  
getan den toten Helden!

---



# Sinn und Ziel des Wahlkampfes:

## Kampf gegen das doppelte Spiel des Zentrums

In einer glänzenden Rede sprach Eugenberg über den Sinn und das Ziel des Wahlkampfes. Was er sagte, ist so logisch richtig, unwiderleglich, daß es hier stehen soll, damit Wähler, die nicht nur meinen, sondern auch denken können, sich über den Mann Eugenberg und seine Politik klar werden. D. W.

1. Die Hauptgegner sind seit langen Jahren die marxistischen Parteien. Sie waren einmal schwächer geworden, sind aber infolge der bürgerlichen, d. h. nicht-sozialistischen Schwäche und Uneinigkeit bei den letzten Wahlen wieder stärker geworden.

2. Die Wirtschaft — die Finanzen — Religion und Kultur — Staat und Volk sind im heutigen Deutschland, so wie es vor den Augen und Ohren des Unbefangenen steht, vom Untergange bedroht.

3. Eine Mehrheit des Volkes sieht das ein — sieht es seit langem ein. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland niemals eine Mehrheit gehabt. Selbst unmittelbar nach der von ihr gemachten Revolution nicht.

4. Trotzdem geschieht nichts oder nichts Wirkliches zur Rettung.

5. In den Zeiten der Inflation hatten sogar breiteste Schichten der sozialistischen Minderheit die

Unmöglichkeit einer marxistischen Politik eingesehen. Selbst Herr Ebert neigte sich dieser Erkenntnis zu.

6. Die marxistische Beeinflussung und die eigene Entschluß- und Kraftlosigkeit der nicht-sozialistischen Reichstagsmehrheit sowie die Einstellung des damaligen Kabinetts Luther hatten zur Folge, daß aus dieser Lage nicht die Folgerungen gezogen wurden. Vielmehr wurde durch eine unvollkommene und nur scheinbare Sanierung der inneren Verhältnisse und durch die Annahme des Dawes-Planes der Grund zu der neuen schweren Krisis gelegt, vor deren schlimmsten Auswirkungen Deutschland heute steht.

7. Die Hauptschuld an dieser Entwicklung trägt — neben der Sozialdemokratie selbst — das Zentrum, das sich sträubt, die seit der Revolution betriebene Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie aufzugeben.

8. Sein Beweggrund liegt in der preußischen Koalition mit der Sozialdemokratie, in der sich das Zentrum wohlfühlt. Es teilt mit ihr in Preußen Ämter und Fonds. Indem es im Reiche bald mit Links, bald mit Rechts regiert, nimmt es unter der Bedingung eine Schlüsselstellung ein, daß es den grundsätzlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie vermeidet und dieser die dauernde Vormacht in Preußen beläßt.

9. Dadurch macht es eine wirksame Abwehr der drohenden Gefahren unmöglich, denn diese Gefahren haben ihre eigentliche Ursache und ihren Ursprung in dem Einflusse der Sozialdemokratie.

10. Mit dieser Haltung steckt das Zentrum immer neue Kreise der nicht-sozialistischen Welt an und verwirrt und verdirbt sie, so die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, neuerdings die Wirtschaftspartei und die von der Deutschnationalen Volkspartei kommenden Splittergruppen gewesener Parlamentarier. Der Umstand, daß diese Gruppen ebenso wie die von vornherein mit der Sozialdemokratie marschierende Demokratie (jetzt „Staatspartei“) ständig in der Gefahr des Zerriebenwerdens stehen, macht eine fieberhafte Tätigkeit des Zentrums zur Gewinnung immer neuer

Mitläufer und Opfer dieser Politik erforderlich.

11. Mit dieser Politik verhindert das Zentrum die deutsche Gesundung. Sowohl vom wirklich katholischen wie vom wirklich evangelischen Standpunkt aus ist dies Verhalten gleich unerträglich.

12. Seine Mitläufer beteiligen sich an dieser Schuld.

13. Das Kabinett Brüning stellt geschichtlich einen neuen Versuch des Zentrums dar, ohne Lösung des Bündnisses mit der preussischen Sozialdemokratie seine Schlüsselstellung im Reiche zu erhalten. Der diese Schlüsselstellung gefährdende Vorstoß der Rechten mit Volksbegehren und Volksentscheid machte eine doppelt große Aktivität des Zentrums erforderlich, die sich in der Beeinflussung widerstandsunfähiger Kreise der Deutschnationalen Volkspartei auswirkte.

14. Das Kabinett Brüning bedeutet den Versuch der Entlastung der Sozialdemokratie von der Verantwortung in dem Augenblick, in dem diese Verantwortung für sie unter der Wirkung des Dawes- und Young-Planes und der inneren Mißwirtschaft wieder ebenso unerträglich wurde, wie in der Zeit der Inflation. Das Kabinett Brüning versucht die Sozialdemokratie damit vor dem verdienten Schicksal des Zusammenbruches zu bewahren. Es dient (einschließlich Anwendung des Artikel 48) nach Brünings eigener Erklärung der Rettung des herrschenden Partei- und Parlamentssystems und ist keine Rechtsregierung.

15. Seine landwirtschaftlichen Maßregeln sind, weil systemlos und zum Teil nicht aufrichtig, in der Hauptsache wirkungslos. Seine Finanzmaßnahmen sind marxistisch. Seine sonstigen Maßnahmen kommen über Worte nicht hinaus.

16. Das ist alles zwangsläufig, weil ohne Abkehr von der Sozialdemokratie in Reich und Preußen weder eine wirksame und vernünftige Wirtschafts-, noch Finanz-, noch Kultur-, noch auswärtige Politik getrieben werden kann.

17. Das Zentrum kann diese Abkehr durch seinen bloßen Entschluß ohne Neuwahlen herbeiführen, da es im jetzigen Preussischen Landtage durch seinen bloßen Frontwechsel eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Mehrheit bilden kann.

18. Die Ablehnung dieser Abkehr auch bei dem jetzigen nicht etwa nur dritten, sondern fünften oder sechsten Falle einer sozialistenfreien Regierung im Reiche beweist die Tatsache, daß eine Fortführung des Systems der Schaukelpolitik und der Unaufrichtigkeit in der Behandlung des Problems der deutschen Rettung beabsichtigt ist.

19. Die Reichstagsauflösung hat dies Spiel zerschlagen. Im neuen Reichstage wird für das Zentrum keinesfalls die Möglichkeit der doppelten Mehrheitsbildung vorhanden sein. Es wird vor die klare Frage der Option für die Sozialdemokratie oder für Rechts gestellt sein.

20. Die Option für die Sozialdemokratie würde vernünftige rettende Maßnahmen unmöglich machen. Zentrum und Sozialdemokratie würden unter dieser Unmöglichkeit gemeinsam sehr bald und jedenfalls früher zusammenbrechen als das von einer ziellaren Rechtsbewegung endlich auf den richtigen Weg gewiesene und dadurch

mit neuer Widerstandskraft und neuem Rettungswillen erfüllte deutsche Volk.

21. Die notwendige Option für Rechts und damit das Ende der Herrschaft der Sozialdemokratie in Deutschland wird dem Zentrum um so mehr erleichtert werden, je schwächer die Sozialdemokratie, je schwächer es selbst und je schwächer die hin und her schwankenden zersplitterten Mittelparteien aus diesem Wahlkampfe heimkehren. Daher nochmals: „Macht mir den rechten Flügel stark!“ —